

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS
Band: 103 (2006)
Heft: 2

Artikel: Guten Noten : Sozialstaaten sind vorne dabei
Autor: Niederberger, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840461>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 25.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gute Noten: Sozialstaaten sind vorne dabei

Sozialstaaten sind zwar auf hohe Steuern angewiesen. Dafür bieten sie ihren Bürgerinnen und Bürgern mehr als strikt marktwirtschaftliche Länder wie die USA. Zu diesem Schluss kommt der Wirtschaftshistoriker Peter Lindert.

Die Untersuchung von Peter Lindert zum Zusammenhang zwischen der Grösse eines Sozialstaats und seiner Wirtschaftsleistung ist einmalig. «Growing Public: Social Spending and Economic Growth Since the 18th Century» kann bereits als Standardwerk betrachtet werden. Der amerikanische Wirtschaftshistoriker, der an der Universität von Kalifornien in Davis lehrt, trug Daten und Berichte aus über 300 Jahren und Dutzenden von Staaten zusammen. Seine Arbeit galt zwei alten, nach wie vor brennenden Fragen: Warum haben die westeuropäischen Staaten einen zunehmend grösseren Teil der Steuern für soziale Ausgaben eingesetzt; und warum haben die USA nicht den gleichen Weg beschritten? Und bremsen höhere Sozialausgaben tatsächlich das Wirtschaftswachstum, wie dies der vorherrschenden Meinung in den USA entspricht?

Die Hauptkenntnisse vorweg:

– Moderne Sozialstaaten wie Schweden, Holland, Grossbritannien (oder etwas weniger ausgeprägt auch die Schweiz) entsprechen dem Wunsch der Bürger. In langen demokratischen Entscheidungsprozessen haben die Bürgerinnen und Bürger, und nicht irgendwelche Bürokraten, Um-

fang und Art der Sozialleistungen bestimmt. Da eine Demokratie mit starker Bürgerbeteiligung alles in allem die effizienteste Staatsform ist, sind die Sozialwerke auch über die Jahre hinweg immer effizienter geworden.

- Dies erklärt auch – entgegen der in den USA vorherrschenden und von der Regierung Bush aktiv geförderten Meinung –, dass die wachsenden Sozialleistungen langfristig das Wirtschaftswachstum nicht bremsen. Wenn das Wachstum in Europa tiefer ist als in den USA, hat dies andere Gründe, beispielsweise die Tatsache, dass in den USA die meisten elementaren Dienstleistungen von Arbeitskräften erbracht werden, die Tiefstlöhne verdienen und keine Sozialleistungen erhalten.
- Höhere Sozialleistungen wirken sich tendenziell sogar leicht positiv auf die Wirtschaft aus, weil die Regierungen gezwungen sind, den Einsatz der Mittel sehr sorgfältig zu planen und darauf zu achten, dass sie keine zu hohen oder wachstumshemmenden Steuern einzahlen.
- Peter Lindert stellt die Theorie des überlegenen marktwirtschaftlichen Modells damit letztlich auf den Kopf und zeigt, dass moderne Sozialstaaten durchaus ein gesundes Wirtschaftswachstum erzielen und sogar beschleunigen können.

Der Wirtschaftshistoriker Lindert beginnt mit einem Blick auf die ersten, primitiven Sozialleistungen, die in Form von «Winterhilfen» Mitte des 18. Jahrhunderts in Grossbritannien bezahlt wurden. Der Anteil dieser Zuschüsse an die Bauern lag noch unter einem Prozent der inländischen Wertschöpfung; seither stiegen sie teilweise auf

über 30 Prozent in den nordischen Staaten. Die ersten Zuschüsse waren weitgehend durch das Eigeninteresse der adligen Grundstücksbesitzer bestimmt: Sie zahlten den Bauern im Winter einen Minimallohn, um sie an der Flucht in die Stadt zu hindern. Die modernen Sozialstaaten von heute sind Demokratien, die Interessen sind anders gelagert. Die Sozialausgaben werden in einem Verfahren festgelegt, das der politisch einflussreichsten Schicht (in Europa einem breiten Mittelstand, in den USA einer vermögenden Elite) Vorteile bringen muss.

Optimaler Steuermix

Die Wohlfahrtsländer in Europa haben es verstanden, ihre Steuereinnahmen so zu verfeinern, dass sich der Mix günstig auf das Wirtschaftswachstum auswirkt. Im Vordergrund steht die Verlagerung von Einkommens- hin zu Konsumsteuern, wie dies auch die Schweiz – als eines der letzten Länder in Europa – getan hat. Strikt marktwirtschaftliche Länder wie die USA haben diesen Schritt nicht geschafft, sie halten überwiegend an der traditionellen Besteuerung von Kapital und Einkommen fest. Damit wird die Arbeit stärker belastet als in den sozialen Ländern. Niemand zahle gerne Steuern, auch die Schweden oder Schweizer nicht, sagt Peter Lindert. Aber die Bürgerinnen und Bürger dieser Länder akzeptierten hohe Konsumsteuern, weil sie dafür auch gut ausgebaute Sozialleistungen erhielten. In den USA gab es zwar schon Anläufe für eine Konsumsteuer, doch alle Versuche wurden mit dem Stichwort «Klassenkampf» abgeblockt. Viel mehr zu reden gibt eine Flat Tax, eine Steuer, die alle Einkommen prozentual gleich belastet und eine Umverteilung zugunsten der Reichen begünstigt.

Die Sozialstaaten hingegen besteuern Alkohol, Tabak und Benzin höher als die USA. Bis zu einem gewissen Grad werden damit sozial Schwächere stärker zur Kasse gebeten. Dies wird akzeptiert, wie Lindert feststellt, weil die Sozialleistungen leicht progressiv wirken. Mit anderen Worten: Konsum- und Luxusabgaben treffen untere Einkommen zwar etwas mehr, dafür aber profitieren diese Bürgerinnen und Bürger auch mehr von den Sozialleistungen als jene mit hohem Einkommen. Die fortgesetzte Feinarbeit am optimalen Steuermix ist nach Ansicht von Lindert eine der grossen Errungenschaften des Sozialstaats.

Anreize auf dem Arbeitsmarkt

Auch auf der Empfängerseite haben die Sozialstaaten mehr Anreize geschaffen als strikt kapitalistische Staaten. Ziel ist, die Ausbildung der Erwerbstätigen zu fördern, Arbeitslose weiterzubilden und werktätigen Müttern die Last etwas abzunehmen. In diesem Punkt schneidet die Schweiz relativ schwach ab, da sie punkto Kinderkrippen und Tagesschulen wenig Fortschritte gemacht hat. Die Schweiz sei erst Ende der 90er-Jahre in die Liste der führenden Sozialstaaten aufgestiegen, stellt Lindert fest. Hauptgrund für den Aufstieg, zulasten von Irland, sind die Verbesserungen in den Pensionskassen und die Reformen im Krankenversicherungssystem. Lindert gibt aber zu bedenken, dass die statistischen Angaben aus der Schweiz vergleichsweise schwach sind und eine exakte Analyse erschweren.

Während die Unternehmen in den USA viele minimal bezahlte Jobs anbieten und gemäss Lindert über fünf Millionen meist junge Männer aus dem Arbeitsmarkt nehmen und in Gefängnisse stecken, sind in den Wohlfahrtsstaaten eine egalitäre Grundschule und eine solide Berufsbildung ein Muss. Sie erleichtern auch den beruflichen Wiedereinstieg für Mütter und fördern die Teilzeitarbeit. Diese Arbeitsmarktinstrumente wirken sich günstiger auf die Wirtschaft aus als bisher angenommen. Dafür sieht

Lindert im stark ausgebauten Kündigungsschutz in Europa ein hohes Hindernis für die Flexibilität der Unternehmen und einen Konkurrenznachteil im globalen Markt.

Gesunde Menschen sind produktiv

Völlig unterschiedlich gehen die beiden Systeme auch mit den älteren Menschen um. In den Sozialstaaten können viele Bürger schon vor dem 60. Altersjahr in Pension gehen, während das effektive Rentenalter in den USA gegen 70 Jahre steigt. Während das Rentenalter in Europa angehoben wird, erwägt man in den USA bereits eine neue Limite von über 70 Jahren. Frühpensionen sind gemäss Lindert wirtschaftlich nicht schädlich, weil tendenziell weniger produktive Angestellte davon Gebrauch machen. Wenn Jüngere nachrücken, steigt die Produktivität der Gesamtwirtschaft.

Ein unterschätzter Faktor ist die Volksgesundheit. Gesunde Menschen sind nicht nur produktiver, sie leben auch länger und verursachen weniger Versicherungskosten. Peter Lindert räumt ein, dass die USA in diesem Bereich das schlechtere Modell gewählt haben. Das Gesundheitssystem ist von allen Wirtschaftsbereichen am wenigsten für den freien Markt geeignet; trotzdem versuchen die Amerikaner seit Jahren, das freie Spiel von Angebot und Nachfrage durchzusetzen. Die Konsequenzen sind verheerend: Die Kosten sind die höchsten der Welt, die Bürokratie breitet sich aus und trotzdem sind über 40 Millionen Bürgerinnen und Bürger ohne jede Deckung. Es brauche Preiskontrollen und wahrscheinlich eine staatlich organisierte Grundversorgung, meint Lindert.

Wende ist unvermeidlich

Als erster Bundesstaat will Massachusetts nun eine Grundversicherung für alle einführen. Ein Gesetz wurde vom Kongress Anfang April 2006 angenommen und wird vom republikanischen Gouverneur Matt Romney unterstützt, was kaum ein Zufall ist. Romney gilt als potenzieller Präsidentschaftskan-

didat für 2008 und weiss, dass die Krankenversicherungskrise ein heisses Thema werden dürfte. Lindert sagt voraus, dass die Wende zu einem sozialeren Gesundheitssystem unvermeidlich sei, wobei fortschrittliche Bundesstaaten vorangehen und den Rest des «roten Ame-

«Höhere Sozialleistungen wirken sich sogar positiv auf die Wirtschaft aus.»

rika» zum Nachziehen zwingen würden.

Der Wohlfahrtsstaat ist somit widerstandsfähiger als von seinen Kritikern behauptet. Lindert sieht zwar den Konflikt zwischen einer wachsenden Zahl von Leistungsbezüglern und den Finanzierungseingüssen. So erreicht der Anteil der über 65-Jährigen in Italien und Japan bereits 2008 mehr als 20 Prozent, in Schweden wird es 2015 so weit sein, in Deutschland und der Schweiz um 2020. In den USA liegt die Quote dann erst bei 16 Prozent. Doch die Finanzkrise wird gemäss Peter Lindert durch einen pragmatischen Mix von kleineren Steuererhöhungen und verkraftbaren Leistungskürzungen bewältigt.

Walter Niederberger

Wirtschaftskorrespondent des Tages-Anzeigers mit Sitz in New York

JUBILÄUMSVERANSTALTUNG DER SVSP

Peter Lindert gastiert in Bern

Die Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP) feiert am 28. August im Berner Kornhausforum ihr 80-jähriges Bestehen. Im Rahmen dieser Abendveranstaltung wird der US-Wirtschaftshistoriker Peter Lindert zum Verhältnis von sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Effizienz referieren. Lindert wird die Erkenntnisse seiner Studie «Soziale Sicherheit und Umverteilung müssen dem Wachstum nicht schaden» vorstellen.

Weitere Infos: www.svsp.ch